

Tageskalender.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde gestern die Verrechnung der Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pioniere sowie der Verrechnungsgruppen und des Trains von der geschlossenen Koalition der bürgerlichen Parteien bewilligt. Die bürgerlichen Abgeordneten und die Regierungsvertreter schlossen sich über alle wichtigen Fragen aus und fungierten nur als Abstimmungsmaschine.

Im elsaß-lothringischen Landtag veranstalteten Zentrum- und Abgeordnete widerliche Redaktionen.

Bei einem Gewaltmarsch des Infanterieregiments Nr. 132 in Straßburg wurden mehr als 40 Soldaten „schlapp“.

Der Balkankrieg.

Ein Ultimatum Oesterreich-Ungarns.

Wenn die Wiener Meldungen von gestern Abend recht haben, so wird Oesterreich-Ungarn heute oder morgen der montenegrinischen Regierung ein Ultimatum auf die Brust setzen. Nach andern Meldungen soll die Wiener Regierung allerdings erst die Entscheidung der Londoner Botschafterkonferenz am Donnerstag abwarten wollen, während es in einigen Depeschen wieder heißt, das Ultimatum werde schon jetzt gestellt werden, die Frist zur Beantwortung aber so gestellt werden, daß diese erst nach der Sitzung der Botschafterversammlung zu erfolgen habe. Die verschiedenen Versionen zeigen, daß Genaueres noch nicht bekannt ist. Jedenfalls rechnet man aber schon bestimmt damit, daß Oesterreich-Ungarn auf eigene Faust vorgehen wird, allein der Termin scheint fraglich. Ob Italien an der Aktion gegen Montenegro teilnehmen wird, steht noch nicht fest, in einer Wiener Meldung des Berliner Tageblattes heißt es, „es ist nahezu sicher, daß Italien sich an dieser Aktion beteiligen wird. Der Wiener Korrespondent des Blattes berichtet weiter: „Ich fragte abends einen österreichischen Diplomaten, zu welchem Zweck sich der österreichische Botschafter noch an der Donnerstagsitzung der Londoner Botschafterkonferenz beteilige, wenn das Wiener Kabinett selbständig vorgehen wolle. Die Antwort lautete: „Weil wir auf dieser Konferenz noch zu erfahren haben werden, ob und welche Macht sich unserer Aktion anschließen wird. Wir können nicht mehr zurückweichen, wenn wir nicht ganz umfallen wollen.“

In London wird indes von den Offiziösen die Ansicht vertreten, daß die Sache noch nicht so schlimm stehe. Die Times meint, Oesterreich-Ungarn habe sich das eigene Vorgehen nur für den Fall vorbehalten, daß alle Mittel, ein Vorgehen Europas zu erzielen, versagen sollten. Die Entscheidung der Botschafterversammlung könne aber erst fallen, wenn die Antwort Montenegros auf die letzte Note der Mächte eingetroffen sei. Der Protest, den die montenegrinische Regierung an ihren Londoner Gesandten Popowitsch gesandt habe, sei als solche Antwort nicht anzusehen.

Die Londoner Börse scheint diesen beruhigenden Worten indes nicht zu trauen. Die Wiener Meldungen vom bevorstehenden Ultimatum haben einen heftigen Kursrückgang verursacht.

Rußland hat, wie schon gestern wiedergegebene Depesche sagte, erneute Schwierigkeiten vorausgesetzt, falls Oesterreich allein vorgehen werde. Trotzdem will die Wiener Regierung es zum Bruch bringen. Die Armeen drängen zum Losschlagen. Freudestrahlend hat der Kriegsminister Trobatin, als er am Dienstag aus einer Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen kam, ausgerufen: „Endlich haben wir es erreicht! Freudestrahlend sieht er den Krieg kommen! Einen Krieg von unbegrenzten Gefahren, einen Krieg, der ganz Europa in Flammen setzen kann! Um Stuzaris willen, oder richtiger, um des „Prestigee“ Oesterreichs willen, um seines Großmachtansehens willen! Ein wahrer sinniger Gedanke! Aber dieser Wahnsinn ist kapitalistische Methode!

Von den vielen Meldungen registrieren wir die folgenden:

Sien, 20. April. Die abends hier verlautet, sind Cattaro und Dubua auf Anordnung der österreichischen Militärbehörden von der Zivilbevölkerung geräumt worden. Beide Orte können bekanntlich von den montenegrinischen Stellungen aus dem Luftschuß getroffen werden, und es war daher notwendig, die Zivilbevölkerung für den etwaigen Ausbruch der Feindseligkeiten aus der feindlichen Schußweite zu entfernen.

London, 20. April. Nach einer Information, die dem Neuterischen Bureau zugeht, ergab sich bei den Besprechungen der Botschafter, daß die Mehrheit der Großmächte nicht geneigt war,

kriegerische Maßnahmen gegen Montenegro zu ergreifen. Man ist sich darüber klar, daß es notwendig sein wird, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, falls Montenegro nicht in befriedigender Weise auf die Kollektivnote der Mächte antwortet, aber man sagt, daß man noch die Antwort auf diese Note abwarten müsse.

Paris, 20. April. Graf Berchtold hat heute nachmittags sämtlichen europäischen Kabinetten eine letzte Note überreicht, in der er nochmals den österreichischen Standpunkt auseinandersetzt, sowie den unerschütterlichen Entschluß seiner Regierung mitteilt, Montenegro zur Räumung Stuzaris zu zwingen. Graf Berchtold spricht nicht von der Anwendung der Waffengewalt, jedoch erklärt man in offiziellen Kreisen, daß dies die übliche diplomatische Form sei, die der Anwendung der Waffengewalt voranginge.

Gewerkschaftsbewegung.

Destruktive Tendenzen in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft.

In den Kreisen des Buchdruckerunternehmertums hat sich in den letzten Jahren eine nicht unerhebliche Gruppe gebildet, die der bestehenden Tarifgemeinschaft den Garaus zu machen versucht. An Zahl noch nicht allzu groß, hat sie es doch verstanden, den Deutschen Buchdrucker-Verein, die Unternehmerorganisation, zu einer schärferen Stellung gegen den Buchdruckerverband, die Gehilfenorganisation, zu drängen, so daß auf der letzten Generalversammlung des Buchdruckervereins sogar ein „Fonds für besondere Zwecke“ geschaffen wurde, der natürlich nichts anderes als ein Kampffonds gegen die Gehilfenorganisation ist. Dazu läßt es sich diese Gruppe sehr angelegen sein, eine besondere Unternehmer-Gruppe heranzuzüchten, die bei den angestrebten Auseinandersetzungen eine Stütze der Schanzmacher im Gewerbe sein soll. Daß diese Schutztruppe sich christliche Organisation nennt, ist nicht verwunderlich, noch weniger, daß sie den Kampf gegen den Verband mit den bekannten Mitteln der sogenannten christlichen Gewerkschaften führt.

Diese Vorgänge haben nun den Buchdruckerverband veranlaßt, eine Aussprache darüber mit den Vertretern der Unternehmer im Tarifauschuß herbeizuführen. Gelegenheit dazu bot eine Sitzung dieses Ausschusses am 21. und 22. April in Berlin, deren Protokoll in der Nr. 49 des Korrespondent vom 29. April veröffentlicht wird. Im Auftrage der Gehilfenmitglieder des Tarifauschusses nahm der Verbandsvorsitzende Döblin das Wort. Seine Ausführungen seien hier nach dem Protokoll wiedergegeben:

Döblin erklärt einleitend, daß die Gehilfenvertreter bei Stellung dieses Antrages von dem Gedanken ausgegangen seien, die gegenwärtige Situation innerhalb der Tarifgemeinschaft einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen und das derzeitige Verhältnis zwischen Prinzipalität und Gehilfenchaft klarzustellen. Nach seiner Meinung sei seit dem letzten Tarifabschluß in der prinzipiellen Stellungnahme der Prinzipale eine Veränderung gegen früher vor sich gegangen, und die Gehilfenchaft sei der Meinung, daß der Prinzipalität an einer stehenden Zusammenarbeit mit der Gehilfenchaft nichts mehr zu liegen scheine. Es hätten sich Strömungen innerhalb der Prinzipalität geltend gemacht, die nach Auflösung der Gehilfenchaft darauf hinausließen, den Fortbestand der Tarifgemeinschaft für die Zukunft in Frage zu stellen. Neben ist der Auffassung, daß insbesondere das Verhalten der Prinzipalität des H. Kreisles (Helmstedt, Red. d. Volkst. ztg.) gegenüber der Tariffrage, ihre Forderungen und ihre Bestrebungen; die sie schon jetzt für die spätere Bewältigung ihres Tarifs und für die erst nach vier Jahren zu erwartende Tarifrevision gestellt hätten, der Gehilfenchaft sehr zu denken gebe. Die Gehilfenchaft erblicke hierin nicht nur eine Annullierung ihrer Rechte, sondern das Bestreben, schon heute durch Festlegung bestimmter Forderungen eine Verkündung bei der nächsten Tarifrevision von vornherein zweifelhaft zu machen. Die Vorgänge auf der Breslauer Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins hätten gezeigt, daß man gewillt sei, der schärferen Zorn der Vorzug zu geben, und daß man gegenüber der Gehilfenchaft eine schärfere Vertretung der Prinzipalitätsinteressen für geboten erachte. Als Mittel zum Zweck sei man zur Gründung einer besonderen Tarifkommission geschritten, deren Tätigkeit nach Auffassung der Gehilfenvertreter nimmermehr einer notwendigen Verbindung zwischen Prinzipalität und Gehilfenchaft dienen könne. Man habe weiter die Gründung eines Fonds für besondere Zwecke beschlossen, über dessen beabsichtigte Verwendung die Gehilfenchaft sich nicht im klaren sei. Denn wenn man die Verschleissung der Gründung dieses Fonds in einem Artikel als eine ersiehende Tat, als das Anbrechen einer neuen Morgenröte bezeichnet habe, so kommt dies einer starken Beunruhigung der Gehilfenchaft ziemlich gleich. Die Gehilfenchaft kann der tarifstreuen Prinzipalität nicht den Vorwurf ersparen, daß sie nicht bestrebt war, den Tarifverhältnissen im eigenen Lager mit der nötigen Energie entgegenzutreten, so wie es die Gehilfen jederzeit bei sich getan hätte. Diese Stellungnahme der Prinzipalität habe schließlich dazu geführt, daß auch auhensichende Kreise sich in Anlehnung an den Buchdruckerverband gesammelt hätten; daß die öffentliche Meinung gegen unsre Tarifgemeinschaft mobil gemacht wurde, und daß von gewisser Seite, scheinbar geklärt auf die Vorgänge im D. B. V. in der Presse und bei Behörden versucht wurde, von unsrer Tarifgemeinschaft eine ganz falsche Meinung zu erwecken und gegen dieselbe einzunehmen. Aus diesen Vorgängen in den

Reihen der Prinzipalität habe auch der Guttenbergbund (Christliche Organisation, Red. d. Volkst. ztg.) zum Teil die Berechtigung hergeleitet, geradezu ungläubige Dinge über die Tarifgemeinschaft behaupten und gegen die Tarifgemeinschaft, ihre Organe und einzelne Personen einen Feldzug mit den schmächtigsten Mitteln eröffnen zu können. Mit welchem Erfolge dies geschehen sei, beweise die vom Guttenbergbund in den letzten Tagen provozierte Stellungnahme eines Teils der Tagespresse gegenüber unserm Tarif und gegenüber den Wünschen und Forderungen, die der Guttenbergbund in seinen verschiedenen Kundgebungen für die heutige Beratung des Tarifauschusses als eine ganz selbstverständliche Sache aufgestellt habe. Gegenüber den fortgesetzten Bestrebungen des Guttenbergbundes, der Öffentlichkeit und den Behörden gegenüber nachzuweisen, daß die Tarifgemeinschaft der Förderung der Sozialdemokratie diene, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker eine sozialdemokratische Organisation sei und daß die Tariforgane unter dem Einflusse des Verbundes ihre Geschäfte führten und die tariflichen Rechte des Guttenbergbundes dadurch zu Schaden kämen, erklärt Redner, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker keine statutenmäßig festgelegte Neutralität in religiösen und politischen Angelegenheiten bis auf den heutigen Tag bewahrt habe, was beim Guttenbergbunde jedenfalls nicht der Fall sei, denn dieser habe in seinem Organ ausdrücklich die Parole ausgegeben: Fort mit der Neutralität, falls dies den Interessen des Bundes dienlich sein sollte! Nach Auffassung des Redners könne die Tarifgemeinschaft auf die politische Gesinnung ihrer Mitglieder niemals von irgendwelchem Einflusse sein, wie man dies auch nicht dem Verbände nachweisen könne. Für ihn trägt und übernimmt die Leitung die volle Verantwortung, und sie ist sich bewußt, für die Innehaltung der Neutralität stets gesorgt zu haben. Bedauerlich ist es, daß ein Teil der Prinzipalität dieses tarifschädigende Treiben des Guttenbergbundes noch unterstützt, und daß tarifstreue Prinzipale durch ihre Zeitungen dieses begünstigen. Redner sucht diese seine Behauptungen mit der Verlesung einer Reihe von Auslassungen des Organs des Guttenbergbundes und politischer Zeitungen nachzuweisen und kommt aus diesen Betrachtungen zu der Schlussfolgerung, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker gegenüber den fortgesetzten Denunziationen und Provokationen des Guttenbergbundes jedes Zusammengehen mit diesem ablehnen müsse, und daß gegenüber diesem Verhalten des Guttenbergbundes auch die Gehilfenvertreter im Tarifauschuß nicht für die Erfüllung von Wünschen des Guttenbergbundes zu haben seien, die derselbe bezüglich einer Vertretung in den Tariforganen geäußert habe. Es liege hierzu aber um so weniger Verantwortung, als es sich bei dem Buchdrucker-Tarif nicht um einen Organisations-Tarif handle, sondern um einen solchen der Allgemeinheit der Berufsangehörigen, wie auch die Mitglieder der Tariforgane nicht von den Organisationen, sondern von der Allgemeinheit gewählt würden. Daß die gewählten Gehilfenmitglieder der Tariforgane Verbandsmitglieder seien, ergebe sich aus der Stärke der Organisation, und es könne ganz selbstverständlich eine Organisation von 3000 Mitgliedern nicht dieselben Rechte beanspruchen wie eine solche von 67 000. Der Verband hat es aber satt, die Tarifgemeinschaft zum Zummelplage solcher geschäftigen Angriffe zu machen, und aus Interesse für die Tarifgemeinschaft und auch um die Prinzipalität gegen lästige Angriffe zu schützen, wird der Verband nach Beendigung dieser Verhandlungen seine Vertreter aus sämtlichen Tariforganen zurückziehen. Der Verband bedauert, dies tun zu müssen, glaubt aber auf dieses, auch tariflich ihm zustehende Recht im Interesse unsrer Tariffache verzichten zu sollen. Zweck dieser Aussprache sollte aber vornehmlich sein, von den Prinzipalitätsvertretern im Tarifauschuß zu hören, wie sie sich zu den gemachten Ausführungen stellen, und ob sie sich nicht verpflichtet halten, von Tarif wegen gegen dieses Treiben des Guttenbergbundes Stellung zu nehmen. Die Gehilfenvertreter wollen auch keinen Zweifel darüber lassen, daß, falls der Guttenbergbund sein Verhalten gegenüber der Majorität der Gehilfenchaft und gegenüber der Tariffrage nicht ändere, auch nach Ablauf des Tarifs keine besonderen Wünsche für sie nicht diskutabel seien.

Nach diesen Darlegungen Döblins erklärten die Unternehmervertreter, sie hätten nicht annehmen können, daß diese Dinge zur Sprache kämen. Sie müßten erst in einer Sonderberatung dazu Stellung nehmen. Als das geschähe, legte Dr. Petersmann (Leipzig) die Auffassung der Unternehmervertreter dar. Er geben seine Darlegung ebenfalls nach dem Protokoll wieder:

Dr. Petersmann erkennt zunächst an, daß Döblin in seinen Ausführungen sich großer Sachlichkeit befleißigt habe. Wenn Döblin aber die Vorgänge auf der Breslauer Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins zum besonderen Gegenstande seiner Betrachtungen gemacht habe, und aus der Einschaltung einer Tarifkommission und der Gründung eines Fonds auf einen Frontwechsel in der Prinzipalität gegenüber der Tariffache geschlossen habe, so sei das ein Irrtum. Redner erklärt namens der Prinzipalität, daß die Prinzipalität seitliche Verhältnisse mit der Gehilfenchaft wolle, auch die Prinzipalität des H. Kreisles. Die Mittel zu wählen, die man zur Stärkung der eigenen Organisation benötige, sei selbstverständlich eigene Sache der Prinzipalität. Was den Guttenbergbund angeht, so erklärt Redner namens der Prinzipale, daß man die Art der Agitation, wie diese der Guttenbergbund in der Öffentlichkeit, namentlich in der letzten Zeit, betrieben habe, mißbillige; aber es sei nicht richtig, wenn man den Prinzipalen die Schuld an der hieraus entstandenen Unruhe zuschreibe. Die Prinzipale sind der Meinung, daß es im Interesse der Tarifgemeinschaft liege, dem Guttenbergbunde die ihm gebührende Stellung innerhalb der Tariforganisation einzuräumen. Dann gehören natürlich nicht die zu weitgehenden Forderungen des Guttenbergbundes. Deswegen aber eine Abänderung des Tarifs heute vorzunehmen, sei weder ein Recht noch ein Wunsch der Prinzipale. Darüber werde bei der nächsten

Feuilleton.

Momm Lebensknecht.

Ein Roman von Ottomar Enling.

48. (Nachdruck verboten.)

Aber dann kamen Monate, da versanken Leben und Wünsche des einzelnen vor den gewaltigen Ereignissen rings im Lande. Eine große, schwere Zeit war angebrochen für gammel Danmark. Die Schleswig-Holsteiner, unter denen es lange vor Erregung und Empörung gebrodelt hatte, machten Ernst. Sie forderten ihre Verfassung für sich, ja, ihre Rühmlichkeit ging so weit, daß sie verlangten, Schleswig solle an den Deutschen Bund geschmiedet werden.

Die Herren in Kopenhagen blickten mit Grimm auf das, was in den Herzogtümern immer höher anschwellte. Das elberdnische Ministerium sah am Ruder und beriet den König, und so gab es für die Verräter wenig zu hoffen.

Und es kam, wie man es nicht anders erwarten konnte: König Friedrich VII. beschied die deputierten schleswig-holsteinischen Männer, die ehrerbietig, aber fest die Wünsche ihres Volkes vor seinen Thron brachten, dahin, daß er wohl aus Gnaden gesonnen sei, dem Herzogtum Holstein die erste freie Verfassung zu schenken, doch weder läge es in seiner Macht, noch auch sei es sein königlicher Wille, zu verstaten, daß Schleswig zum Deutschen Bunde träte. Es solle vielmehr das unlösliche, von der Geschichte selbst gewebte Band zwischen Schleswig und Dänemark noch durch eine beiden gemeinsame Verfassung getränkt und enger geknüpft werden.

Damit hatte der König sein letztes Wort gesprochen. Und dieses Wort machte mit einem Schlage den stolzen Wahlspruch der Herzogtümer, das heilige: Up ewig ungedeelt! zunichte.

Da erhob sich das Elberdäl fast wie ein einziger Mann. Kaum hatten die Deputierten ihre Kunde nach Kiel gebracht, so sagten sich die Lande von König Friedrichs Herrschaft los. Ihr eignes Regiment setzten die Schleswig-Holsteiner ein, und für den eigenen Herzog warfen die mutigen Männer dem Dänen den Fehdehandschuh hin.

„Der Landesherr,“ so verkündigten sie, „ist durch die dänische Volksbewegung gezwungen, eine feindliche Stellung gegen die Herzogtümer einzunehmen; sein Wille ist nicht mehr frei. Wir werden zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte des angestammten Herzogs in seinem Namen die Regierung führen.“

Prinz Friedrich mit seinen Jägern und Freiwilligen überfiel die Feste Rendsburg, — es war ihm ein leichter Sieg vergönnt: ohne Schwertstreich entlagte der feindliche General dem Kommando, und wer von seinen Offizieren und Leuten auf Schleswig-Holsteins Boden geboren war, der eilte nun zur blau-weiß-roten Fahne.

Immer machtvoller wuchs der Aufstand. Freischaren übten ihre kampfesfrohen Kräfte, und so viele ihrer nur den Säbel schwingen und die Muskete richten konnten, — man rief sie herbei zum Schutz für Recht und Panier.

Jenseits des Elbstromes — ganz Deutschland blickte mit Stolz auf die Empörer, ganz Deutschland wollte ihnen helfen: frei vom Joch!

Die Kanonen begannen zu sprechen. Bonin rückte mit den Preußen über die Elbe; auf Arrö und Alsen hatte sich

der Däne festgesetzt. Die kleine Studentenschar, die bei Bau der dänischen Hebermacht zu trocken gedachte, war rasch vom Erdboden weggefegt, und er nutzte seinen Sieg wohl aus, der tapfere Landsknecht: Eckernförde und Schleswig waren bald in seinen Händen.

Aber dann kam die deutsche Bundesarmee, und mit ihr strömten aus allen Gauen des großen Vaterlandes Jünglinge und Männer in Holstein zusammen, um mit den Brüdern zu siegen oder zu sterben.

Vor Brangels Schwert erblich Dänemarks Stern.

Von dem alten Grenzwall, dem Danewerk, mußte das Dänenheer, so zäh es sich schlug, nach Norden zurückweichen; die Stadt Schleswig ward ihm entzissen: so brach sie an, die schwere Not, für den hehren Danedrog!

Unter den wenigen Männern, die in diesen bösen Tagen Friedrich VII. treu blieben, war Bürgermeister Lebensknecht. Er wollte nicht daran glauben, daß die Schleswig-Holsteiner sich wirklich vom alten Reiche losreißen würden. Er verachtete die Beamten, die mit schneller Geschmeidigkeit der neuen Regierung gehorchten, wie sie bisher der alten gehorcht hatten. Zwar mußte auch er selbst sich beugen vor den Befehlen, die jetzt von Süden kamen. Aber er ließ es die Provisorischen merken, daß er ihnen nur notgedrungen folgte, und jeden Tag konnte ihn deshalb die Amtsentsetzung treffen. Er fürchtete sich nicht. Durch seinen Einfluß wurde Bordesby eine Schutzburg für das Dänentum. — Im westlichem Kreislaufe zogen bald Schleswig-Holsteiner, halb Bundestruppen und bald auch wieder Dänen zu den Toren der Stadt herein. Momm sorgte für alle, daß sie ihr gutes Quartier besaßen, aber er sorgte auch für seine Bür-